

Beschluss (Ziffer 2 gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI,
in der Gesamtabstimmung einstimmig):

1. Von den Ausführungen des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin gebeten, sich beim Landesgesetzgeber und den Tarifvertragsparteien für Änderungen einzusetzen, die das Leasing von Dienstfahrrädern für städtische Beschäftigte in Form einer Entgeltumwandlung ermöglichen. Zusätzlich wird er gebeten, sich beim Bundesgesetzgeber für einen Abbau der steuerrechtlichen Hürden einzusetzen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Angebote und Anreize zu erarbeiten, die es für städtische Beschäftigte noch attraktiver machen, mit dem Rad zur Arbeit zu fahren.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.